

## **Fraktion B90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat Denzlingen**

Silke Höfflin

**Rede zum Haushalt 2017**

**31.01.2017**

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem vorliegenden Satzungsentwurf haben wir über einen Haushaltsplan mit einem Volumen von rund 35.600.000 € zu beschließen.

Ein herzliches Dankeschön zunächst an Herrn Ziegler und sein Team für die sorgfältige und transparente Aufstellung des Haushaltsplanes und dessen Erläuterung in den vergangenen Sitzungen! Die grüne Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Auf einige Positionen aus dem Haushaltsplan möchte ich näher eingehen:

Wir Grüne sind froh, dass unser Antrag auf die Einrichtung weiterer Fahrradabstellplätze auf der Westseite des Bahnhofs am Spitalweg eine Mehrheit gefunden hat. Hierdurch wird unmittelbar eine Verbesserung für die täglich zahlreichen Pendler geschaffen und damit auch der ÖPNV gestärkt.

Mit Interesse haben wir den Leserbrief eines Bürgers zur Kenntnis genommen, mit welchem dieser die Errichtung eines Fahrradparkhauses am Bahnhof vorgeschlagen hat. Diesen Vorschlag werden wir gerne prüfen und freuen uns über die Anteilnahme der Bürgerschaft an den Haushaltsberatungen.

Unsere Fraktion unterstützt nachdrücklich die Stärkung des Gewerbes in Denzlingen als wichtigen Pfeiler unserer Wirtschaft und wir danken allen Gewerbetreibenden, die in Denzlingen zum Steueraufkommen beitragen und Arbeitsplätze erhalten oder schaffen.

Überwiegend mit Befremden haben wir jedoch verfolgen müssen, wie sich bei der Beratung der Haushaltsanträge eine Mehrheit dafür gefunden hat, nicht nur 2,5 ha des Gebiets D5 als weitere Gewerbefläche zu entwickeln, sondern zugleich auch das Gebiet D6.

Der Bedarf an weiteren Gewerbeflächen steht aufgrund der enormen Nachfrage an denen in D4 geschaffenen Flächen zweifelsfrei fest. Aus diesem Grunde befürworten wir auch grundsätzlich die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen, um dem tatsächlichen Bedarf der Denzlinger Gewerbetreibenden gerecht zu werden.

Allerdings hätten wir es als ausreichend erachtet, sich auf ein Gebiet zu beschränken. Auf Grund der guten Bodenqualität in D5 geben wir D6 den Vorzug.

Die Entwicklung beider Gebiete – verbunden mit einer Versiegelung von weiteren ca. 50.000 m<sup>2</sup> Ackerland – halten wir für das falsche Signal!

Dies umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger Sorgen um das weitere Wachstum von Denzlingen und dessen Geschwindigkeit machen und sich nachdrücklich für den Schutz des Bodens einsetzen. Deren Bedürfnisse und vor allem auch die Bedürfnisse der Landwirtschaft sind bei dem Beschluss in keiner Weise berücksichtigt worden.

Wir werden uns nun dafür einsetzen, dass die Entwicklung der Gebiete und die Vergabe der Bauplätze nachhaltig und verantwortungsvoll geschieht, um auch den mittelfristigen weiteren

Flächenbedarf von Gewerbebetrieben zu decken. Etwaigen Begehrlichkeiten, die die sofortige Ausnutzung aller Flächen zur Folge hätten, ist hier entgegen zu wirken!

Eine weitere – aus unserer Sicht sinnlose – Versiegelung wertvoller Böden würde durch den Ausbau des Knotenpunktes B3/B294 herbeigeführt.

Unabhängig der Frage, wie es zum Wiederaufgreifen dieses Projektes gekommen ist, sehen wir in dem Ausbau des Knotenpunktes keinen Nutzen. Die Entlastung der Ortsmitte und der Anwohner der Hauptstraße von Durchgangsverkehr ist bislang in keiner Weise nachgewiesen. Wir können davon ausgehen, dass der meiste Verkehr "hausgemacht" ist, es sich also um innerörtlichen Verkehr handelt.

Sicher ist, dass der Ausbau des Knotenpunktes zu einer deutlichen Mehrbelastung der Bewohner im Heidach und den südlichen Ortsteilen mit Emissionen wie Lärm und Abgasen führen wird. Dies kann von unserer Seite nicht befürwortet werden.

Mit Freude sehen wir der anstehenden Aufstellung des Bebauungsplanes für die ersten Abschnitte des neuen Baugebietes „Käppelematten/Unterm Heidach“ entgegen.

Wir wollen hier auf eine gute, gesunde und nachhaltige Ortsentwicklung hinwirken. In den Vorgaben für den städtebaulichen Entwurf ist bereits auf eine große Flexibilität sowie eine gute Durchmischung der Baugebiete geachtet worden. Dieser Ansatz wird auch in den weiteren Ausarbeitungen der Städteplaner verfolgt und durch die grüne Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Eine besondere Herausforderung wird es sein, bezahlbaren Wohnraum für junge Familien und finanziell nicht leistungsstarke Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schaffen.

Hierfür braucht es ein Konzept, welches die Finanzierung ohne weitere nachhaltige Belastung unseres Haushalts ermöglicht.

Dabei legen wir jedoch entscheidenden Wert darauf, dass nicht etwa die geplante Parkfläche verringert wird, um durch den Verkauf weiterer Bauplätze Einnahmen zu generieren.

Ebenso unterstützen wir die Bemühungen vieler Bürgerinnen und Bürger, neue Wohnformen für das Alter umzusetzen. Auch hierfür sind entsprechende Flächen vorzusehen.

Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates herbeizuführen, dass erst dann neue Baugebiete entwickelt werden, wenn die Gemeinde zu 100 % Eigentümer der betroffenen Grundstücke ist. Im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages könnten dann Vergaberichtlinien entwickelt werden, die ökologische und soziale Vorgaben ausweisen, damit eine klimagerechte, familienfreundliche und soziale Planung verwirklicht werden kann.

Wir freuen uns sehr, dass sich auch im vergangenen Jahr wieder sehr viele Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung unserer Gemeinde beteiligt und mit ihrem Engagement in vielen Prozessen eingebracht haben.

Hier möchte ich insbesondere die verschiedenen Beteiligungsphase im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzepts Denzlingen 2030 und den kommunalen Flüchtlingsdialog nennen.

Wir wissen es sehr zu schätzen, dass auch nach der Sozialplanung, der Werkstatt Hauptstraße und der Vorbereitung des städtebaulichen Wettbewerbs für „Käppelematten/Unterm Heidach“

die Einsatzbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger weiterhin hoch ist und überdurchschnittliche Beteiligungsquoten verzeichnet werden konnten!

Ausgesprochen wichtig ist es allerdings, dass die Ausarbeitungen und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Ansonsten wird der Wille zu bürgerschaftlichem Engagement schnell in Frustration umschlagen.

Dies haben wir etwa bei der Frage der Nutzung des ehemaligen Schlecker-Marktes in der Hauptstraße und im Zusammenhang mit der Sanierung des Gauss-Hauses erfahren müssen. Hier ist viel Potenzial verschenkt worden.

In diesem Zusammenhang bedauern wir auch, dass sich keine Mehrheit für die Anmietung des ehemaligen Friseurgeschäftes in der Schwarzwaldstraße 7 gefunden hat.

Anlässlich des kommunalen Flüchtlingsdialogs war mehrfach die Notwendigkeit geäußert worden, einen Raum zur Verfügung zu haben, in dem mit den geflüchteten Menschen in Ruhe gelernt oder in den sich die Geflüchteten zum Lernen zurückziehen können.

Wir sind hier weiter aufgerufen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Integration gelingen zu lassen.

Im April soll nun im Rahmen des gemeindeeigenen Wohnungsbaus das Gebäude in der Eisenbahnstraße fertig gestellt und mit der Errichtung des Gebäudes in der Vörstetter Straße begonnen werden.

Wir sind überzeugt, dass das Bauamt alles in seiner Macht stehende tut, um die Bauvorhaben so gut und so schnell wie möglich voranzubringen. Dass eine Überlastung des Bauamts eingetreten ist, steht außer Frage. Insoweit hätten wir uns bereits früher die Aufstockung des Personals gewünscht.

Leider sind die bisherigen Anstrengungen bei weitem nicht ausreichend, um den Bedarf an sozialem Wohnungsbau zu decken. Die Liste derer, die sich für gemeindeeigene Wohnungen bewerben, ist lang.

Und: obwohl der Verteilungsschlüssel durch den Landkreis gesenkt worden ist, erfüllt Denzlingen nach wie vor nicht die Quote zur Aufnahme von Geflüchteten.

Sollte Denzlingen hier in die Verantwortung genommen werden, sind große Probleme vorprogrammiert. Stand heute wäre die Unterbringung der aufzunehmenden Menschen nicht möglich und es müsste erneut auf Notunterkünfte wie die Leichtbauhalle an der Waldkircher Straße zurückgegriffen werden.

Dies ist weder für die geflüchteten Menschen, noch für die Anwohner, oder das Ortsbild wünschenswert!

Wir sehen, dass die Gemeinde nicht dauerhaft gemeindeeigenen Wohnungsbau betreiben kann. Wir hatten daher bereits die Einrichtung einer Baugenossenschaft der Gemeinde mit einem sachkundigen Partner angeregt.

Ebenso können wir uns private Genossenschaftsmodelle oder Bauträgermodelle vorstellen, die einen Rückkauf der Wohnungen durch die Gemeinde zu einem von vornherein festgelegten Rückkaufswert vorsehen.

Hierüber wünschen wir uns eine zeitnahe Diskussion im Gemeinderat.

Die Verbandsversammlung hat die Überführung der Werkrealschule in die "neue Realschule" beschlossen. Parallel dazu ist vereinbart worden, dass von den Schulen ein personelles, räumliches und inhaltliches Konzept entwickelt werden soll. In Bezug auf das Raumprogramm ist eine Mehrfachbeauftragung erfolgt, deren Ergebnisse uns im Juni vorgestellt worden sind.

Nach den Analysen und Konzepten der beauftragten Büros sind die nötigen baulichen Veränderungen mit Kosten von 20 bis 25 Millionen € beziffert worden – eine enorme Herausforderung für die Verbandsgemeinden und eine nachhaltige Belastung für deren Haushalte!

Hier werden eingehende Verhandlungen sowohl in unserem Gemeinderat als auch im Verband zu führen sein, ob und wie diese Herausforderungen bewältigt werden können. Wir werden entscheiden müssen, ob eine so große finanzielle Verpflichtung über Jahre hinaus gewünscht ist, mit der Folge, dass andere bereits lange anstehende Projekte, wie etwa der dringend notwendige Neubau der Turnhalle Mühlengasse, auf unabsehbare Zeit hinten angestellt werden. Eine Prioritätenliste wird unerlässlich sein.

Durch den bereits gefassten Beschluss über die Schaffung der „neuen Realschule“ stehen wir alle unter Zugzwang und in der Verantwortung gegenüber den Schülern, den Eltern und den Lehrkräften. Gute pädagogische Konzepte für eine wertvolle Schulausbildung sind uns wichtig und wir sehen die Notwendigkeit die Schulen hierfür gut auszustatten.

Dennoch wäre es sicherlich sinnvoller gewesen die Rahmenbedingungen und die finanziellen Möglichkeiten für die Verbandsgemeinden abzuwägen, bevor die Schulleiter und die Architekturbüros beschäftigt wurden. Leider wurde der umgekehrte Weg gewählt.

Abschließend möchte ich, wie bereits mehrfach geschehen, auf die Notwendigkeit einer vorausschauenden Sitzungsplanung hinweisen!

Dabei geht es uns nicht darum, dass, einem „brainstorming“ gleich, Themen benannt werden, die im Laufe des Jahres anstehen.

Uns geht es um einen grobmaschigen Jahressitzungsplan mit Zeitvorgaben, welcher gewährleistet, dass die am Jahresanfang in den Blick genommenen Themen auch tatsächlich abgearbeitet werden.

Zudem ermöglicht der Sitzungsplan den Fraktionen frühzeitig, eigene Vorschläge einzubringen. Ansonsten laufen wir weiter Gefahr, dass viele Projekte über Jahre ohne Erledigung mitgezogen werden.

Hier erwarten wir, dass dieser Wunsch - nicht nur aus unserer Fraktion- endlich aufgegriffen wird!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.